

Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 03/2013

2. Juli 2013

Ja zur Energiewende! Nein zum kompletten Netzurückkauf! Es geht nicht um Kabel, sondern um das, was durchfließt

Zeitgleich mit der Bundestagswahl werden alle Hamburgerinnen und Hamburger am 22. September in einem Volksentscheid gefragt, ob sie sich für einen kompletten Rückkauf der Hamburger Strom-, Fernwärme und Gasleitungsnetze einsetzen wollen. Die SPD ist gegen einen solchen kompletten Rückkauf: er würde schätzungsweise zwei Milliarden kosten und weder gibt es dadurch die alte HEW zurück, noch wäre für die Energiewende etwas gewonnen.

Was aber wird mit dem Volksentscheid eigentlich genau entschieden?

Es geht allein um die Netze. Also um Leitungen und Rohre, durch die Gas, Strom und Fernwärme in Hamburg geleitet werden. Der Betreiber der Netze hat ein Monopol, denn es gibt nur ein Netz. Dagegen gibt es viele Strom- und Gas-Anbieter. Wer z.B. keinen Atomstrom mehr beziehen möchte, kann

einfach den Anbieter wechseln.

Zurzeit betreibt Vattenfall das Fernwärme- und Stromnetz mit einer Konzession bis Ende 2014. Eon betreibt das Gasnetz mit einer Konzession bis Ende 2018 bei einem Sonderkündigungsrecht der Stadt zu Ende 2014.

Nach Auslaufen der Konzessionsverträge müssen diese neu ausgeschrieben werden. Es steht also eine wichtige Entscheidung an! Die Stadt muss die Konzessionen für die Netze europaweit ausschreiben. Dabei zeigen Gerichtsurteile aus den letzten Jahren, dass in der Ausschreibung kommunale Betreiber aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht bevorzugt werden dürfen.

Wäre der Volksentscheid erfolgreich, würde sich für die Stadt Hamburg ein städtisches Unternehmen an der Ausschreibung beteiligen. Ob dieses Unterneh-

men dann den Zuschlag erhält, ist offen. Wenn das städtische Unternehmen die Ausschreibung gewinne, würden die Netze von diesem von Vattenfall und Eon zurückgekauft. Für schätzungsweise 2 Milliarden Euro. Damit würde aber keine neue HEW entstehen. Es geht nur um die Netzgesellschaften.

Olaf Scholz hat einen anderen Weg eingeschlagen. Ende 2011 wurden Verträge mit Vattenfall und Eon ausgehandelt, in denen die Stadt einen strategischen Anteil von 25,1% an den Netzgesellschaften erworben hat. Daneben wurden zahlreiche weitere Regelungen getroffen: die Energieversorgungsunternehmen haben sich z.B. zu Investitionen am Standort Hamburg in Höhe von 1,6 Milliarden verpflichtet und die Pläne für die umstrittene Fernwärmetrasse von Moorburg nach Altona wurden zugunsten eines modernen Gas-

und Dampfkombikraftwerks fallen gelassen. Weitere konkrete Maßnahmen für eine Energiewende wurden verabredet und werden zurzeit bereits umgesetzt.

Im Fall eines erfolgreichen Volksentscheids würden diese Verträge rückabgewickelt. Das Worst-Case-Szenario wäre: Rückabwicklung des bestehenden Kooperationsvertrags und der 25,1prozentigen Beteiligung an den Netzen bei erfolgloser Beteiligung an der Konzessionsausschreibung! Das ist nicht auszuschließen und auch nicht komplett abwegig.

Aber auch für den Fall der erfolgreichen Teilnahme an der Konzessionsvergabe ist die SPD der Überzeugung, dass der geschätzte Kaufpreis von zwei Milliarden für die Stadt nicht zu bewältigen ist. Schließlich wird gerade in Zeiten strikter Haushaltsdisziplin jeder Euro gebraucht.

Durch die rote Brille. Der
Kommentar auf Seite 1

Steuererhöhungen im Sperrfeuer Der Wahlkampf hat schon längst begonnen

SPD und Grüne haben sich durchgerungen im Wahlkampf offensiv mit Steuererhöhungen zu werben. Das ist gut so und doch ungewöhnlich: Die Forderung

nach Steuererhöhung gilt eigentlich als Gift bei der Gewinnung von Wählerinnen und Wählern. Wer gibt schon gerne mehr vom brutto ab?

Das gesellschaftliche Klima hat sich aber in den letzten Jahren gewandelt. Die Finanzkrise und vor allem die konkreten Erfahrungen der Auswirkungen durch die

Schuldenbremse machen deutlich: Vermögen und Einkommen sind ungleich verteilt, die öffentliche Hand hat keine finanziellen Spielräume mehr. TINA –

Ksenija Bekeris - Engagiert für Barmbek in der Bürgerschaft



Foto: Marlis Dülsen/pixelio.de

Den Hafen aus der Wasserperspektive erleben: am 7.9. mit Ksenija Bekeris

there is no alternative – erlebt ein trauriges Comeback, wenn es um die Aufstellung von Haushaltsplänen geht.

Die Stärkung der Einnahmeseite durch höhere Steuern ist logisch und kein Teufelszeug. Seit 1998 ist der Spitzensteuersatz um neun Prozentpunkte auf 42 Prozent gesunken. Es darf mal wieder in die andere Richtung gehen. Medien und Lobbyverbände starten jetzt eine beispiellose Kampagne gegen eine Steuererhöhung. Erster Akt der Inszenierung Mitte Mai: „Die Deutschen wollen gar keine Steuererhöhungen“. Das Arbeitgeber-Sprachrohr INSM gibt eine entsprechende Mei-

nungsumfrage in Auftrag. Ergebnis: 63% der Befragten sagen, die aktuellen Steuern sind angemessen. Dumm nur, dass der Paritätische zeitgleich eine ähnliche Befragung durchführen lässt. Ergebnis: 77% der Befragten finden Steuererhöhungen für Gutverdiende zur Finanzierung von Bildungs- und Sozialausgaben gut. Das ist die Vorlage zum zweiten Akt mit der Message „Auch Du bist Gutverdiener und musst bluten!“ Dieses Mal tritt der wissenschaftliche Arm der Arbeitgeber in Aktion, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Das IW stellt fest, im Jahr 2010 gehört ein Single mit 3009 Euro netto/Monat zu den

oberen zehn Prozent beim Einkommen. Hier gilt: Nicht kirre machen lassen von einer interessengefärbten Studie mit statistischen Untiefen, sondern noch mal genau nachschauen, was rot-grün beabsichtigt. Die SPD will den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 100.000 Euro auf 49 Prozent anheben, die Grünen ab 80.000 Euro. So und jetzt noch mal nachrechnen, ob man selbst dazugehört. Wenn ja, dann können Sie sicher etwas mehr abgeben, um Beratungsstellen, Frauenhäuser, Schwimmbäder und den Öffentlichen Nahverkehr besser auszustatten!

Sommertour mit Fraktions-Chef Andreas Dressel am 15. Juli: Sprechstunde ab 19.30 Uhr

Während Hamburgs Politbetrieb im Sommer auf Sparflamme läuft, tourt Andreas Dressel, Chef der SPD Bürgerschaftsfraktion, durch die Wahlkreise. Im Sommer hat er Zeit und Muße sich die konkreten Entwicklungen im sozialen, kulturellen und städtebaulichen Bereich vor Ort anzuschauen. Am Montag, 15. Juli, macht er Halt in Barmbek. Ab 19.30 Uhr ist Andreas Dressel im SPD-Abgeordnetenbüro in der Pestalozzistr. 21a anzutreffen. Bei einer BürgerInnenprechstunde steht er Interessierten Rede und Antwort. Andreas Dressel und die Wahlkreisabgeordneten Ksenija Bekeris, Dr. Sven Tode und Sylvia Wowretzko freuen sich auf spannende Gespräche.

VERANSTALTUNGS-

**TIPP:
BARMBEKER
SPD-
SOMMERFEST
AM 25. AUGUST
AB 10 UHR AUF
DEM
BIEDERMANN-
PLATZ**

Barkassenfahrt mit Ksenija Bekeris am 7. September Jetzt anmelden!

Gemütlich durch den Hafen schippern und dabei locker über die aktuelle Politik klönen? Das ist am 7. September ab 10.30 Uhr möglich. Zwei Stunden lang geht es durch Hamburgs Hafen. Sie können sich ab sofort unter der Telefonnummer 51906908 oder per E-Mail an info@ksenija-bekeris.de anmelden!

Sommerurlaub:

Vom 15. bis 26. Juli ist das Abgeordnetenbüro geschlossen. Wir wünschen schöne Ferien!

Impressum/ V.i.S.d.P.:

Ksenija Bekeris, stv. Fraktionsvorsitzende, Fachsprecherin für Soziales

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris, Pestalozzistr. 21a, 22305 Hamburg, info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten: Di., Mi., Fr.: 9-13 Uhr; Do.: 14-19 Uhr. Tel.: 51906908, www.ksenija-bekeris.de